Nr. 61.2026
16. April 2026

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Kultur und Medien

Koloniale Amnesie überwinden – Verantwortung jetzt wahrnehmen

30 Jahre dauerte die deutsche Kolonialgeschichte, deren Aufarbeitung in Anerkennung historischen Unrechts Teil unserer Erinnerungskultur werden soll. In einem Fachgespräch hat die SPD-Bundestagsfraktion mit Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft über konkrete Erfolge wie die gemeinsamen Leitlinien von Bund, Ländern und Kommunen zur Rückgabe kolonialen Raubguts (2025) und die Einrichtung des Koordinierungsrats im März 2026 gesprochen sowie gleichzeitig vor politischen Rückschritten gewarnt. Die Fraktion steht weiter für eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung.

Franziska Kersten , *zuständige Berichterstatterin:*

„Die Aufarbeitung unserer kolonialen Vergangenheit hat es in die letzten drei Koalitionsverträge geschafft – aber daraus folgt noch kein Automatismus. Während in den ehemaligen Kolonialgebieten und in der Wissenschaft das Interesse an diesem Thema stetig wächst, vollzieht sich der Wandel in der Erinnerungspolitik zaghaft.

Dass wir nun einen Bund-Länder-Kommunen-Koordinierungsrat für den Umgang mit kolonialem Raubgut eingerichtet haben, ist ein wichtiger Schritt. Doch wir müssen weitergehen: Kolonialverbrechen dürfen nicht länger ignoriert werden."

Holger Mann, *zuständiger Berichterstatter:*

„Wir werden den Druck aufrechterhalten, damit die Aufarbeitung des Kolonialismus als deutsches Staatsverbrechen ernsthaft angegangen wird. Deswegen haben wir im heutigen Fachgespräch konkrete Schritte zu einem Erinnerungsort Kolonialismus, der Förderung dezentraler Initiativen und der Einbindung der Herkunftsgesellschaften diskutiert. Außerdem gilt es, koloniale Geschichte auch in schulischer und kultureller Bildung zu verankern."

Impressum

Nr. 61.2026 / 16. April 2026

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag